



Regierungserklärung von
Ministerpräsident Winfried Kretschmann

Das Dringende tun und das Wichtige vorantreiben –

Die Krise entschlossen bewältigen, die Zukunft mutig gestalten

am 10. November 2022

Im Landtag Baden-Württemberg

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat uns vor eine neue Situation gestellt, und zwar nicht nur unser Land, sondern die ganze Republik, ganz Europa, ja die ganze Welt. Ich gebe zu: Es gibt viele offene Fragen und wenige Schablonen. Wir müssen vieles neu denken, vieles neu machen und mehr ins Risiko gehen. Vieles werden wir erst nachher besser wissen. Entscheidend ist, dass die Richtung stimmt und dass wir Fehler schnell korrigieren. Ich setze mich ja seit vielen Jahren für eine neue Fehlerkultur in der Wirtschaft ein. Jetzt allerspätestens, in dieser Krise, brauchen wir diese neue Fehlerkultur auch in der Politik!

Dieser Zeitenbruch fordert viel von uns: Geld und Wohlstand. Von den Menschen in der Ukraine fordert er Unvorstellbares: Sie kämpfen für ihre Würde, ihre Freiheit, ihre Unabhängigkeit und für die Zukunft ihrer Kinder. Und sie kämpfen mit einer Tapferkeit, die uns tief beeindruckt. Die Menschen in der Ukraine kämpfen aber auch für unsere Sicherheit und für unsere Freiheit. Und deshalb dürfen wir eines nicht vergessen: Wir zahlen für den russischen Angriffskrieg und die daraus resultierende Inflation in Euro, die Ukrainer zahlen in Blut. So hat es die estnische Ministerpräsidentin Kallas auf den Punkt gebracht. Deshalb bitte ich Sie und die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes: Lassen Sie uns die Solidarität mit der Ukraine keinen Moment lang vergessen – auch wenn wir selbst vor großen Aufgaben und Problemen stehen.

Zumal Putin und sein Regime nicht nur die Ukraine angreifen, sondern auch uns. Er dreht uns und unserer Wirtschaft das Gas ab. Er verbreitet Lügen in den sozialen Netzwerken. Er finanziert Rechtsradikale und Rechtspopulisten. Er droht mit der Atombombe. Er will Chaos stiften, unsere Wirtschaft abwürgen, unsere Gesellschaft spalten, und das Vereinte Europa zerstören. Doch er wird damit keinen Erfolg haben. Wir lassen uns nicht einschüchtern! Gemeinsam mit unseren Partnern halten wir die Sanktionen gegen Russland aufrecht und helfen der Ukraine, sich selbst zu verteidigen.

Aber wir reagieren nicht nur in der Außenpolitik. Sondern sorgen auch im Inneren dafür, dass wir durch diese Krise kommen. Wir haben im Land sehr früh reagiert und belastbare Krisenstrukturen geschaffen – unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände. Wir waren die erste Landesregierung, die alle zentralen Akteure an einen Tisch geholt hat und auf einem Gipfel die Weichen für das Gassparen gestellt hat. Und haben gemeinsam mit vielen Partnern aus Wirtschaft, Kommunen und

Gesellschaft eine Energiesparkampagne auf den Weg gebracht, die inzwischen Früchte trägt.

Darüber hinaus setzen Bund und Länder auf eine gezielte Erweiterung des Energieangebots. Ja, über manche Frage wurde dabei heftig gestritten – doch das kann in einer Demokratie bei Entscheidungen dieser Tragweite und Komplexität gar nicht anders sein. Wichtig ist: Der Bundeswirtschaftsminister hat in den letzten Monaten in einem Höllentempo alle notwendigen Schritte eingeleitet, damit wir gut durch den Winter kommen: neue Lieferquellen und mehr Gasimporte, neue Flüssiggas-Terminals, die Reaktivierung von Kohlekraftwerken, der Weiterbetrieb von Atomkraftwerken und ein Fuel-Switch von Gas auf andere Brennstoffe. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die Gasspeicher sind zu fast 100 Prozent gefüllt. Die Gefahr einer Gasmangellage im Winter ist damit kleiner geworden. Das ist eine gewaltige Leistung. Und deshalb werden wir die Bundesregierung weiter auf diesem Weg unterstützen.

Vom Treffen der Ministerpräsidenten mit dem Kanzler in der vergangenen Woche geht nun ein weiteres starkes Signal aus: Bund und Länder helfen all jenen, die sich nicht selbst helfen können. Und setzen zugleich einen starken Anreiz zum Energiesparen. Denn nur, wenn wir solidarisch sind und sparen, kommen wir gut durch den Winter. Sparmaßnahmen alleine reichen aber nicht. Solidarische Hilfen alleine reichen auch nicht. Wir brauchen beides. Und deshalb macht es Mut, dass die Menschen und Unternehmen in den letzten Wochen und Monaten kräftig Gas eingespart haben. Herzlichen Dank dafür! Damit übernehmen Sie Verantwortung für das Ganze und leisten einen wichtigen Beitrag für unser Gemeinwesen!

Nun zu den Beschlüssen, die wir bei der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Kanzler in der vergangenen Woche gefasst haben:

Der wirtschaftliche Abwehrschirm entlastet die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen mit bis zu 200 Milliarden Euro. Darüber hinaus sollen Zufallsgewinne von Öl-, Gas- und Kohleunternehmen sowie Raffinerien abgeschöpft werden. Auf dieser Basis werden Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme eingeführt. Die Strompreisbremse soll ab dem 1. Januar 2023 gelten, die Gaspreisbremse für größere Unternehmen ebenfalls. Es wird angestrebt, dass die Gas- und Wärmepreisbremse für Verbraucher und kleine und mittlere Unternehmen rückwirkend zum 1. Februar 2023 kommt. Hier ist der Bund uns Ländern ein Stück weit entgegengekommen. Das ist eine gute Nachricht für die vielen Millionen privaten Gaskunden und die kleinen Firmen, die ursprünglich erst im März von der

Gaspreisbremse profitieren sollten. Zur Überbrückung übernimmt der Staat zudem den Dezember-Abschlag für Gas und Wärme.

Dabei ist wichtig, dass die Preisbremsen nicht den gesamten aktuellen Verbrauch betreffen, sondern nur 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs, für größere Unternehmen 70 Prozent. Für den Verbrauch, der darüber hinaus geht, muss der Marktpreis bezahlt werden. Dadurch bleibt der Anreiz zum Energiesparen und zur Durchführung von Energieeffizienzmaßnahmen erhalten.

Dazu kommen Heizkostenzuschüsse zum Wohngeld ab dem 1. Januar 2023 für rund 2 Millionen Menschen in Deutschland, Hilfen für Kultureinrichtungen, Härtefallmittel für Krankenhäuser, Universitätskliniken und Pflegeeinrichtungen, Härtefallmittel für Personen, die vom Preisanstieg anderer Heizmittel finanziell stark überfordert sind sowie Liquiditätshilfen für die Stadtwerke. Zudem werden die Wirtschaftsminister von Bund und Ländern bis zum 1. Dezember eine Härtefallregelung für besonders betroffene kleine und mittlere Unternehmen vorlegen. Bei der Gaspreisbremse kommt eine Gerechtigkeitskomponente dazu: Wer über ein höheres Einkommen verfügt und den Solidaritätszuschlag bezahlt, muss die Unterstützung aus der Gaspreisbremse versteuern.

Neben dem Abwehrschirm haben wir uns mit dem Bund auf eine gemeinsame Finanzierung des Entlastungspakets III verständigt. Es hat einen Umfang von gut 65 Milliarden Euro. Und mildert viele Härten für die Menschen Land ab, etwa durch die Senkung der Umsatzsteuer auf Gas, Einmalzahlungen an Rentner und Studierende, die Wohngeldreform, die Erhöhung von Kinderzuschlag und Kindergeld oder den Abbau der Kalten Progression, wodurch der Staat seine Inflationsgewinne zurückgibt.

Bei dem Entlastungspaket gehen wir Länder richtig tief mit in die finanzielle Verantwortung. Die Hilfen kosten uns als Land und die Kommunen in Baden-Württemberg bis 2024 rund 4,8 Milliarden Euro. Das ist schon eine gewaltige Dimension. Das geht bis an die Grenze dessen, was wir leisten können. Und dennoch ist es richtig und wichtig. Denn wir müssen den Menschen und Unternehmen in dieser tiefen Krise beistehen.

Gleichwohl möchte ich nicht verhehlen, dass es beim Bund-Länder-Treffen auch Beschlüsse gab, die ich mit einer gewissen Skepsis sehe. So bin ich mit der Verteilung der Flüchtlingskosten nicht zufrieden. Man muss sich nur die aktuelle Lage in Baden-Württemberg vor Augen führen: Wir haben in einer großen Gemeinschaftsleistung von Land, Kommunen und vielen engagierten Bürgerinnen

und Bürgern rund 137.000 Schutzsuchende aus der Ukraine untergebracht. Dazu kommen nochmal rund 22.000 Flüchtlinge aus anderen Staaten. Zusammen sind das in den vergangenen 10 Monaten gut eineinhalbmal so viele Geflüchtete wie im Jahr 2015. Viele Kommunen sind an dem Rand dessen, was sie leisten können.

Dieser schwierigen Lage werden die Finanzausgaben des Bundes bei weitem nicht gerecht. Denn Land und Kommunen bleiben auf einem Großteil der gestiegenen Kosten sitzen: Beispiel Flüchtlinge aus der Ukraine: Hier sollen Land und Kommunen über drei Viertel der Gesamtkosten für 2022 und 2023 tragen, drei Viertel von rund 2,3 Mrd. Euro. Hinzu kommen die Kosten für Geflüchtete aus anderen Herkunftsländern. Hier zahlte der Bund in den letzten Jahren bis zu 700 Millionen Euro jährlich. Ab 2023 sollen es nur noch rund 160 Millionen Euro pro Jahr sein. Und das, obwohl die Flüchtlingszahlen spürbar steigen. Zu Ostern 2023 werden Bund und Länder über die weitere Entwicklung sprechen. Und ich prognostiziere schon heute: Die Zusagen des Bundes werden sich als unzureichend erweisen. Er kann dabei nicht stehen bleiben und muss mehr Verantwortung übernehmen.

Auch beim öffentlichen Nahverkehr müssen wir mit deutlich weniger Geld vom Bund klarkommen als notwendig wäre. Das Deutschland-Ticket ist zwar erstmal ein großer Fortschritt. Es lichtet den Tarifdschungel im ÖPNV und ist gerade für Pendler ein attraktives Angebot. Aber es ist mehr als fraglich, ob die höheren Regionalisierungsmittel des Bundes auch ausreichen. Denn wenn richtig viele Menschen das neue Ticket nutzen und wir die größere Nachfrage nicht mit Bussen und Bahnen befriedigen können, weil das Geld nicht reicht, dann haben wir ein echtes Problem. In zwei Jahren ziehen Bund und Länder Bilanz. Da werden wir ganz genau hinsehen und den Bund nicht aus seiner Verantwortung lassen.

Trotz dieser kritischen Punkte habe ich dem Bund-Länder-Beschluss aus voller Überzeugung zugestimmt. Denn zum einen ist ein breiter politischer Konsens in der Krise ein hohes Gut. Zum anderen ist das Entlastungspaket, auf das wir uns verständigt haben, zum Wohle unseres Landes. Das Paket hat eine gewaltige Wucht, lässt niemanden im Stich und hilft, eine Insolvenzelle zu verhindern.

Darüber hinaus übernimmt meine Landesregierung weitere Verantwortung und wird eigene Hilfsprogramme auflegen.

Wir treffen umfassend Vorsorge für die absehbaren Haushaltsrisiken und planen dafür im Doppelhaushalt eine Rücklage von über 2,5 Milliarden Euro ein. Denn eine solche Krise ist kein Sprint, sondern ein Dauerlauf.

Die Bürger und die Unternehmen im Land können sich auf uns verlassen: Wir lassen niemand im Regen stehen, wenn unsere Hilfe gebraucht wird. Deshalb habe ich auch immer gesagt: Wenn es bei den Bundeshilfen bedrohliche Lücken gibt, dann werden wir diese stopfen und den Betroffenen unter die Arme greifen.

Und die erste Lücke, die wir identifiziert haben, ist die „Winterlücke“ zwischen Dezember-Abschlag und Energiepreisbremse: Der Staat übernimmt ja für alle Gaskunden die Abschlagszahlung im Dezember. Die Energiepreisbremsen greifen für kleine und mittlere Unternehmen aber erst im Februar oder März, andere Bundeshilfen noch später. Gleichzeitig brennt vielen Unternehmen aus dem Mittelstand aber schon jetzt der Kittel. Dabei geht es vor allem um die kurzfristige Sicherung der Liquidität, wie mir Wirtschaftsleute gesagt haben.

Um diesen Betrieben gezielt zu helfen, legen wir unter Hochdruck ein Liquiditätsprogramm auf. Es umfasst zwei Komponenten: Erstens ein zinsverbilligtes Darlehen mit einem Zinssatz von 2,1 Prozent statt vier Prozent. Zweitens einen zinsverbilligten Liquiditätskredit plus einen zusätzlichen Tilgungszuschuss obendrauf. Diese Instrumente bringen wir sehr schnell an den Start. Noch im Dezember können Anträge gestellt werden. Und die Gelder stehen spätestens ab dem 1. Januar 2023 zur Auszahlung bereit. Damit bauen wir eine verlässliche Brücke zwischen Dezember-Abschlag und den weiteren Hilfen des Bundes.

Hinzu kommt ein gemeinsames Härtefallprogramm mit dem Bund für besonders betroffene kleine und mittlere Unternehmen. Die Wirtschaftsminister von Bund und Ländern werden hierzu bis zum 1. Dezember ein Konzept vorlegen.

Außerdem richten wir im Land unser Bürgschaftsprogramm neu aus. Damit unterstützen wir unsere Unternehmen in den kommenden beiden Jahren gemeinsam mit unserer L-Bank mit Bürgschaften in Höhe von 2,6 Milliarden Euro.

Zum Dritten unterstützen wir als Landesregierung das Handwerk und kleinere Unternehmen mit einem Beratungsangebot zur Energiekostenentlastung. Das Programm startet im Dezember.

Als vierten Baustein legen wir einen Sondertopf für die soziale Infrastruktur auf. Damit stärken wir beispielsweise die wichtige Arbeit der Familienhilfe und Jugendhilfe in dieser schwierigen Zeit. Und stellen dafür 30 Millionen Euro zur Verfügung.

Sie sehen also: Wir handeln schnell. Wir handeln gezielt. Und wir handeln so, dass

denen geholfen wird, die Hilfe brauchen. Während andere nach dem Prinzip „Gießkanne“ agieren, folgen wir dem Prinzip „Verantwortung“. Und genau so werden wir das in dieser Krise weiter handhaben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei einer solchen Krise liegt der Fokus natürlich erst einmal auf schnellen Hilfen und kurzfristigen Maßnahmen. Dadurch verhindern wir akute wirtschaftliche und soziale Notlagen. Das ist die dringende Aufgabe – und die nehmen wir sehr ernst.

Wir müssen den Blick aber auch auf die langfristigen Lösungen richten. Ich habe in meiner ersten Regierungserklärung zum Angriffskrieg Russlands von einem Zeitenbruch gesprochen. Bundespräsident Steinmeier sprach kürzlich von einem Epochenbruch, und dass nun für uns eine „Epoche im Gegenwind“ beginnt.

Auf diese neue Epoche mit ihrer Vielzahl von Herausforderungen muss sich unser Land langfristig einstellen:

Auf die geopolitische Herausforderung mit dem aktuellen Krieg als Auslöser, aber auch auf den sich zuspitzenden Konflikt zwischen China und den USA.

Auf die autoritäre Herausforderung mit einem Angriff auf unsere Demokratie und unseren Zusammenhalt von innen und von außen.

Auf die ökonomische Herausforderung mit den drei D – Digitalisierung, Dekarbonisierung und disruptive Geschäftsmodelle.

Und auf die ökologische Herausforderung mit der Klimakrise und dem Artensterben – der wohl größten Aufgabe, mit der wir als Menschheit je konfrontiert waren.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns die Frage stellen: Wie sorgen wir dafür, dass unsere Kinder und Enkel auch in Zukunft gut in unserem Land leben können? Um das zu ermöglichen, müssen wir heute in der Krise nicht nur das Dringende machen, sondern auch das Wichtige.

Und das Wichtige – das heißt zuallererst: Wir müssen unsere Wirtschaft und unsere Energieerzeugung dekarbonisieren, um die Klimaerhitzung zu stoppen, um die Freiheit der kommenden Generationen zu schützen und um unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten. Aber eben auch – und das macht der russische Überfall auf die Ukraine überdeutlich: Um unsere Sicherheit und Unabhängigkeit zu garantieren und damit Energie künftig für alle bezahlbar bleibt. Dafür ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien eine Art Generalschlüssel.

Erneuerbare Energien sind heute eben nicht mehr nur Klimaenergien und Wohlstandsenergien. Sie sind mehr denn je auch Sicherheitsenergien und Freiheitsenergien. Und deshalb machen wir nun noch sehr viel mehr Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, beim Ausbau der Netze, bei Zukunftstechnologien wie grünem Wasserstoff, Brennstoffzellen oder intelligenten Stromnetzen.

Wir stellen die entscheidenden Weichen für die Erneuerbaren: Das Klimaschutzsofortprogramm haben wir bereits umgesetzt. Zwei Prozent der Landesfläche werden für Windräder und Freiflächenphotovoltaik reserviert. Wir haben eine Vergabeoffensive für Windkraftanlagen im Staatswald gestartet. Schon jetzt stehen dort 4.000 zusätzliche Hektar für Windkraft bereit – und das ist erst der Anfang. Und wir haben das Jahreskontingent für Freiflächen-Photovoltaik verfünffacht.

Und auch bei der Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für die Windkraft kommt unsere Task-Force im Land richtig gut voran. Ich denke an die Digitalisierung der Genehmigungsverfahren, die Öffnung der Landschaftsschutzgebiete, Grünzüge und Wasserschutzgebiete für Erneuerbare Energien, an die Ermittlung von Flächen für Photovoltaik entlang von Straßen oder an die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens. Zusammengerechnet erreichen wir so ab dem kommenden Frühjahr einen Beschleunigungseffekt von zweieinhalb bis drei Jahren. Das ist ein gewaltiger Fortschritt. Und die Task-Force arbeitet ja noch weiter!

Zudem erneuern wir gerade zum zweiten Mal seit der Landtagswahl unser Klimaschutzgesetz. Und machen das ehrgeizigste Klimaschutzgesetz der Republik noch ehrgeiziger: Wir verankern verbindliche CO₂-Einsparziele für alle Sektoren – also für Industrie, Gebäude, Landwirtschaft oder Verkehr. Das hat so kein anderes Land. Alle landeseigenen Gebäude müssen bis 2030 eine Solaranlage auf dem Dach haben. Und wir führen einen Klimavorbehalt für alle Förderprogramme ein.

Bereits im letzten Jahr haben wir eine Solardachpflicht für alle Neubauten und für bestehende Gebäude bei grundlegenden Dachsanierungen beschlossen. So entstehen jetzt Jahr für Jahr über 60.000 Solardächer im Land. Das kann sich sehen lassen – und da ist noch mehr drin.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe vorhin den Ausbau der Erneuerbaren Energien als Generalschlüssel für die Zukunft bezeichnet, und das ist auch richtig. Aber es gibt ein paar Türen, bei denen

dieser Schlüssel nicht funktioniert: Manche industriellen Prozesse, der Flug- und Schiffsverkehr oder der Schwerlastverkehr kommen mit erneuerbarem Strom oder erneuerbarer Wärme nicht aus. Dafür brauchen wir einen anderen Energieträger, nämlich Wasserstoff. Unsere Kompetenzen und Fähigkeiten auf diesem Gebiet sind groß. Wir haben eine Reihe von Weltmarktführern im Maschinen- und Anlagenbau hier in Baden-Württemberg. Deren geballte Kompetenz werden wir nutzen – etwa zur Fertigung von Elektrolyseur-Komponenten oder von Brennstoffzellen.

Die Landesregierung hat sich entschlossen auf den Weg gemacht, um Baden-Württemberg zur ersten Adresse bei der Wasserstoffwirtschaft zu machen: Mit unserer Wasserstoff Roadmap. Und mit einer Wasserstoff-Plattform, die ein gemeinsames Dach für alle Dimensionen der Förderung bietet: für Produktion, Infrastruktur und Anwendungen. Und mit der Ansiedlung von Cellcentric, einer Brennstoffzellenfabrik von Daimler Trucks und Volvo, kann das Land in diesem umkämpften Zukunftsmarkt einen wichtigen Erfolg vermelden.

Daneben brauchen wir grünen Wasserstoff natürlich auch als Energieträger. Denn der Süden ist das industrielle Herz Deutschlands, und das soll weiter kräftig schlagen. Aus diesem Grund haben wir im Sommer eine Wasserstoff-Allianz mit Bayern gegründet. So werden wir die Verfügbarkeit von Wasserstoff im Süden sichern, unsere Länder bestmöglich in das deutsche und europäische Wasserstoffnetz einbinden und mit einer eigenen Task Force gemeinsame Forschungsprojekte initiieren.

Ich komme zum Thema Innovationen, dem zweiten Punkt meiner Agenda. Genauer gesagt: Gezielte Investitionen in Innovationen in die entscheidenden technologischen Zukunftsfelder – in Green Tech, smarte Produktion, Life Sciences, Künstliche Intelligenz und Quantentechnik. Denn rund um diese Zukunftsthemen entsteht gerade eine neue Welt: Die Wirtschaft der Zukunft. Die Arbeitsplätze der Zukunft. Die Forschungszentren und Fabriken der Zukunft. Darüber hinaus sind Investitionen in diese Zukunftsfelder die beste Krisenvorsorge überhaupt. Deshalb starten wir eine Reihe neuer Initiativen und Projekte:

Wir setzen eine neue Ansiedlungsstrategie auf, damit es innovative Unternehmen so leicht wie möglich haben, sich bei uns in Baden-Württemberg niederzulassen. Dafür bauen wir „Baden-Württemberg International“ zur One-Stop-Agency aus, vernetzen sie mit allen relevanten Akteuren im Land und setzen eine Datenbank für alle verfügbaren Flächen auf. So schaffen wir die Grundlage für hochinnovative Neuansiedlungen.

Im Bereich der smarten Produktion errichten wir mit dem Smart Production Park unter Führung des Cyber Forums in Karlsruhe einen neuen Leuchtturm. Dabei geht es um die Schnittstelle von Digitalisierung und Produktion: Um Industrie 4.0, um E-Commerce und hochinnovative Start-ups.

Im Bereich der Künstlichen Intelligenz setzen wir neben dem Cyber Valley mit dem Innovationspark KI in Heilbronn ein neues, großes Ausrufezeichen und machen Baden-Württemberg endgültig zum KI-Spitzenreiter in Europa.

Die Gesundheitswirtschaft bauen wir zu einem starken wirtschaftlichen Standbein des Landes aus. Dafür schaffen wir im Bereich der Lebens- und Gesundheitswissenschaften nach dem Vorbild des Cyber Valley einen neuen Innovationsmotor: den Innovationscampus Health and Life Sciences. Er bündelt die gesamte Power und Exzellenz von Wissenschaft und Wirtschaft in der Rhein-Neckar-Region und wird zum neuen Kern eines strahlkräftigen Ökosystems der Lebenswissenschaften.

Zudem bauen wir unsere europaweite Spitzenposition als Quanten-Land aus. Denn die Quantentechnologie hat gigantische Anwendungsmöglichkeiten und ein riesiges ökonomisches Potential: Neue Materialien, eine neue Chemie, eine neue Medizin, neue Medikamente und nicht zuletzt ein Durchbruch in der Künstliche Intelligenz – all das rückt mit der Quantentechnik in greifbare Nähe. Deshalb starten wir eine neue ressortübergreifende Initiative. Wir bündeln unsere Kräfte, vernetzen unsere Top-Forschungsstandorte und richten sie an den Bedarfen der Wirtschaft aus: Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Stuttgart, Tübingen und Ulm gemeinsam – damit werden wir Weltspitze im Bereich der Quantenforschung.

Bei all diesen Forschungsvorhaben spielen Start-ups eine wichtige Rolle. Baden-Württemberg ist schon heute neben Berlin und Bayern einer der drei stärksten Start-up-Standorte Deutschlands. In den Acceleratoren, unseren Olympiastützpunkten für Start-ups, setzen wir gezielt auf den Zukunftsbereich Green Tech, Erneuerbare Energien und Kreislaufwirtschaft, zum Beispiel in Freiburg, Ulm oder Karlsruhe. Denn wir wissen: Gerade hier brauchen wir die disruptive Kraft der Start-ups.

Darüber hinaus treiben wir Innovationen mit unseren Strategiedialogen voran. Mit einem Format, das entscheidende Vorteile hat: Die Strategiedialoge bringen alle relevanten Akteure zusammen. Sie bündeln die Kräfte von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Sie begegnen den Herausforderungen auf Augenhöhe anstatt den Problemen nur hinterherzurrennen. Sie sind auf Umsetzung angelegt und werden an konkreten Projekten und Zielen gemessen. Deshalb sind sie

ein zentraler Innovationsmotor in unserem Land. Und deshalb wollen wir sie im anstehenden Doppelhaushalt weiter stärken.

Gestartet sind wir mit dem Strategiedialog Automobilwirtschaft, mit dem wir den Transformationsprozess der Automobilwirtschaft aktiv unterstützen. In diesem Rahmen haben wir inzwischen 300 Millionen Euro in die Zukunft der Mobilität investiert. Und der Bund hat dieses Format inzwischen kopiert. Das wünschen sich die Beteiligten auch vom Forum Gesundheitsstandort, mit dem wir uns wirtschaftlich breiter aufstellen. Gerade setzen wir eine Roadmap zur Nutzung von Gesundheitsdaten um. Damit bringen wir die digitale personalisierte Medizin voran und vernetzen und fördern unsere zahlreichen Unternehmen aus den Lebenswissenschaften. Hinzu kommt nun der Strategiedialog zum bezahlbaren Wohnen und innovativen Bauen, der im Juni gestartet ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Innovation setzt mehr voraus als gute Ideen oder ein kluges Geschäftsmodell. Innovation braucht auch gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die entwickeln, tüfteln und produzieren – und so dafür sorgen, dass aus einer guten Idee auch ein gutes Produkt wird. Das setzt in Zeiten der Digitalisierung, der Transformation und des Strukturwandels eine umfassende und aktive Weiterbildungspolitik voraus. Denn unsere Arbeitswelt verändert sich rasant. Baden-Württemberg hat deshalb im letzten Jahr als erstes Land überhaupt eine ressortübergreifende Weiterbildungsoffensive gestartet. Die beste Weiterbildungsoffensive der Republik! Auf Initiative des Staatsministeriums bündeln das Wirtschafts-, das Wissenschafts- und das Kultusministerium ihre Kräfte und setzen miteinander verzahnte Maßnahmenpakete um. Dafür investieren bis Ende 2024 insgesamt 40 Millionen Euro. Das ist vorausschauende Politik, denn wir bereiten damit unsere Beschäftigten gut auf die Zukunft vor, wir befähigen sie mit den Veränderungen der Zeit umzugehen und legen so die Grundlage für den Wohlstand von Morgen.

Das, meine Damen und Herren, hat viel mit Resilienz zu tun. Und damit komme ich zum dritten Punkt unserer Agenda: der Stärkung der Widerstandsfähigkeit unseres Landes.

In den letzten 30 Jahren haben wir uns darauf verlassen, dass wir billiges Gas aus Russland bekommen, mit dem unsere Industrie hochwertige Güter herstellt. Wir hatten weitgehend freien Zugang zu den wichtigsten Märkten und die Vereinigten Staaten haben für unsere Sicherheit gesorgt. Quasi zum Nulltarif. Wir müssen nun

damit umgehen, dass diese Zeit vorbei ist. Es zeichnet sich ab, dass die Weltordnung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten neu ausgekämpft wird, und dass die Klimaerhitzung weitere Krisen verursachen wird. Das verlangt deutliche Korrekturen.

Zur Energie habe ich bereits gesprochen. Um unsere Verteidigung zu stärken, hat der Bund ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen beschlossen. Ein richtiger und wichtiger Schritt. Und auch was unsere Handelsbeziehungen angeht, müssen wir nun eine Neujustierung vornehmen. Keine 180-Grad-Wende, aber eine Neujustierung, das ist mir wichtig.

Das Beispiel „Russland“ lehrt uns, wie gefährlich die Abhängigkeit von autoritären Staaten ist. Dafür müssen wir Vorsorge treffen, bevor dieser Fall eintritt. Also jetzt.

Darüber hinaus müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass sich ein Land wie China seine Wirtschaftspolitik auch völlig unabhängig von uns immer weniger am Freihandel und immer mehr an der Geopolitik ausrichtet. Das heißt nicht, dass China als Handelspartner ausfällt. Der chinesische Markt wird auch in Zukunft eine sehr wichtige Rolle spielen. Aber es heißt, dass wir uns auf eine andere Gangart einstellen müssen.

Was bedeutet das konkret? Ich sehe hier drei vorrangige strategische Ziele: Erstens: Die europäische Zusammenarbeit verstärken, damit die EU als starker Player in technologischen Schlüsselbranchen auftreten kann. Zweitens: Den Freihandel mit demokratischen Staaten stärken. Und drittens: Bestehende Partnerschaften im asiatischen Raum stärken und neue Partnerschaften aufbauen. Denn all dies trägt zur Diversifikation unserer Handelsbeziehungen bei und sichert uns gegen geopolitische Risiken ab.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland hat nur als Teil des Vereinten Europa eine Chance, global mitzuspielen. Deshalb ist es entscheidend, dass die EU ihre technologische Zusammenarbeit weiter verstärkt. Nur dann haben wir die nötige Schwungmasse, um in den Schlüsselbranchen ganz vorne dabei zu sein. Nur dann haben wir die Marktmacht, um die entscheidenden Standards zu setzen. Hier ist die EU mit den IPCEI-Projekten auf dem richtigen Weg, etwa mit dem europäischen Chip-Gesetz, das Europas Wettbewerbsfähigkeit bei Halbleitertechnologien steigert und unsere Resilienz verbessert, gerade mit Blick auf den Konflikt zwischen China und Taiwan. Und von dieser Förderung profitieren auch viele Unternehmen in Baden-Württemberg.

Wir müssen aber auch an sensible Branchen denken: Etwa den Mobilfunk. An die pharmazeutische Industrie und die Medizintechnik. Oder an Antibiotika, die wir fast vollständig importieren müssen. Europa muss resilienter werden. Und bei wichtigen Technologien den Anschluss an die Weltspitze schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Baden-Württemberg hat eine starke, mittelständisch geprägte Industrie. Deshalb ist es in unserem vitalen Interesse, den Freihandel zu fördern. Ich denke dabei gerade auch an die USA, unseren wichtigsten Handelspartner. Nach dem gescheiterten TTIP-Abkommen wäre es an der Zeit, einen neuen Anlauf für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA zu unternehmen. Ich denke an Kanada, wo nun endlich mit der Ratifizierung von CETA gerechnet werden kann. Und ich denke an das EU-Mercosur-Abkommen mit den Staaten Südamerikas. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl in Brasilien hat hier die Tür wieder ein Stück weit geöffnet, und das müssen wir nutzen. Ich denke auch an den asiatischen Raum, mit wirtschaftlichen starken Ländern wie den ASEAN-Staaten, Japan und Südkorea, oder auch an aufstrebende Staaten wie Indien.

Ich weiß, dass es bei Freihandelsabkommen immer wieder Bedenken mit Blick auf die Menschenrechte oder ökologische und soziale Standards gibt. Diese Bedenken müssen ernst genommen werden. Aber ich sage hier auch ganz deutlich: Wir müssen auch kompromissbereit sein – gerade wenn es um Abkommen mit demokratischen Staaten geht. Da können wir nicht erwarten, dass jedes Detail nach unseren Vorstellungen geregelt wird. Und ein Kompromiss mit einem demokratischen Staat ist deutlich besser als die Abhängigkeit von einem autoritären Staat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die neue Epoche stellt aber auch neue Anforderungen an den Staat: Wir brauchen starke, verlässliche öffentliche Institutionen, die Halt geben in diesen Zeiten des Gegenwinds. Der Staat muss aber auch schneller und effektiver werden, damit wir auf Augenhöhe mit den Herausforderungen der Zeit bleiben. Das heißt: Wir brauchen eine moderne Verwaltung. Wir müssen übertriebene bürokratische Fesseln abstreifen, die wir uns selbst angelegt haben. Und wir brauchen weniger Verhinderungskultur und mehr Ermöglichungskultur. Das ist mein vierter Punkt.

Dabei müssen wir zwei alte Fehler vermeiden. Der eine Fehler ist eine besinnungslose Deregulierung, die Großkrisen wie die Finanzkrise auslösen kann. Der andere ist der der uferlose Überregulierung, die den Staat überfordert und schwächt. Was wir brauchen, sind wenige verständliche Regeln, die dann auch

durchgesetzt werden. Und die sich an den Bedürfnissen der Betroffenen und am Prinzip der Einfachheit orientieren. In diesem Sinne gebe ich den Startschuss zu einer grundlegenden Verwaltungsmodernisierung in Baden-Württemberg.

Ich habe den Chef der Staatskanzlei zum Koordinator der Landesregierung für die Modernisierung der Verwaltung, Bürokratieabbau und eine bessere Rechtssetzung gemacht, zu diesem Zweck eine Koordinierungsstelle im Staatsministerium geschaffen und einen Ausschuss der Amtschefs der Ressorts ins Leben gerufen.

Wir erarbeiten einen Masterplan für die Transformation der Verwaltung. Eine erste Version werden wir schon Ende des Jahres veröffentlichen. Der Masterplan hat drei Säulen: Erstens: Eine klare Orientierung an den Bürgerinnen und Bürgern. Zweitens: Die Verwaltungskultur fit machen für das digitale Zeitalter. Drittens: Moderne Führung und zeitgemäßes Personalmanagement. Das bilden wir auch im kommenden Doppelhaushalt ab: Für Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung sind 250 Millionen Euro vorgesehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich komme zum fünften Punkt unserer Agenda: Zusammenhalt schaffen in Zeiten von Krise und stürmischer Veränderung. Das ist keine leichte Aufgabe.

Unsere Gesellschaft war bereits von zwei Jahren Pandemie wundgerieben, als der Krieg im Februar nach Europa kam. Und mit ihm eine große Zahl an Flüchtlingen, eine massive Inflation, explodierende Energiepreise und die Gefahr einer tiefen Wirtschaftskrise. Deshalb ist es so wichtig, dass Bund und Länder gemeinsam so umfassende Entlastungspakete geschnürt haben. Die sind notwendig, damit wir durch diese Krise kommen, ohne dass es uns als Gesellschaft auseinandertreibt.

Doch Entlastungspakete alleine reichen nicht aus. Wir müssen alle unsere Ressourcen mobilisieren. Und unsere wichtigsten Ressourcen in dieser Krise sind nicht Gasspeicher, Pipelines oder LNG-Terminals. Unsere wichtigste Ressource – das sind die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Wir brauchen ihr Engagement, ihren Gemeinsinn und ihren Durchhaltewillen, um diese Krise zu stemmen meistern.

Das verlangt von uns als politisch Verantwortlichen, dass wir ehrlich sind. Zumutungen benennen und die Lage nicht beschönigen. Und das heißt auch: mit den Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe sprechen, ihnen etwas zutrauen. Aber auch Verantwortung von ihnen einfordern. Die Botschaft lautet also – wie ein Kommentator kürzlich schrieb – nicht nur: „Wir kümmern uns“, das tun wir natürlich auch. Sie lautet auch: „Wir brauchen Euch“.

Wir dürfen die Bürgerinnen und Bürger nicht unterschätzen. Sie sind stärker und klarer, als viele immer meinen. Das zeigt auch die breite Zustimmung der Bevölkerung zur Unterstützung der Ukraine. Die Menschen sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, und ja, wenn es sein muss, auch Opfer zu erbringen.

Und genau diese Haltung brauchen wir: Weniger Eigennutz und mehr Gemeinwohl. Weniger Demokratie als Lieferservice und mehr Demokratie als gemeinsame Aufgabe. Das ist die Haltung, mit der wir durch den Winter kommen.

Gemeinsinn und aktive Bürger brauchen wir aber auch über die akute Krise hinaus. Denn die große Transformation gelingt nur, wenn wir zusammen anpacken, wenn wir das klimaneutrale Baden-Württemberg als gemeinsame Mission begreifen – als großes gesamtgesellschaftliches Projekt. Und das heißt eben auch, dass wir Ängste nicht einfach vom Tisch wischen und über die Köpfe der Leute hinwegentscheiden dürfen. Wir müssen zuhören, wo es Sorgen und Kritik gibt, auf Bedenken mit Argumenten antworten, und Brücken bauen statt Gräben aufzureißen. Genau das tut meine Landesregierung:

Mit der Unterstützung von lokalen Klimagesprächen und bürgerschaftlichen Klimaprojekten – allein 100 in den letzten beiden Jahren, von Schöckingen bis Mannheim und von Aalen bis Hinterzarten.

Mit beratenden Bürgerforen zu wichtigen Gesetzentwürfen der Landesregierung ab dem kommenden Jahr. Das ist eine echte demokratiepolitische Innovation! Das gibt es sonst nirgendwo in der Republik!

Und mit einer eigenen Servicestelle für Bürgerbeteiligung, die den Städten, Gemeinden und Behörden mit Rat und Tat zur Seite steht, wenn sie Beteiligungsprojekte durchführen.

Das sind wichtige Schritte. Denn die große Transformation kann nur mit den Bürgern gelingen und nicht gegen sie. Da geht es um Bürgerbeteiligung. Aber es geht auch um Wertschätzung.

Denn wer regionale Lebensmittel einkauft oder im Alltag Energie spart, wer sich eine Solaranlage aufs Dach schraubt oder mit dem Fahrrad zur Arbeit pendelt, wer sich eine Wärmepumpe einbaut oder seinen Verbrenner gegen ein E-Auto austauscht, der leistet damit auch einen wichtigen Beitrag fürs Gemeinwohl. Der ist Mitglied im Team „Klimaneutrales Baden-Württemberg“. Und damit ein wertvoller Teil der Transformation.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir, wenn die Bürger heute nach vorne schauen, dann dominieren bei den meisten die Sorgen. Aber der größte Fehler, den wir jetzt machen können, wäre, uns von unseren Ängsten lähmen zu lassen. Denn dafür gibt es keinen Grund.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle mal die Perspektive wechseln. Wie fällt der Blick zurück aus, wenn die Menschen in Baden-Württemberg in 20 Jahren auf heute zurückschauen?

Ich wünsche mir, dass der Blick zurück wie folgt ausfällt:

Wir sehen die frühen 2020er Jahre als eine Phase, in der wir eine schwere Krise gemeinsam durchgestanden haben.

Als wir die Transformation unter schwierigen Bedingungen mutig angegangen sind – und so die Grundlage gelegt haben, für einen erneuerten, nachhaltigen Wohlstand.

Als wir durch konsequenten Klimaschutz unseren Beitrag geleistet haben, die globale Erhitzung zu begrenzen

Als wir unser Land widerstandsfähiger gemacht haben.

Und als wir Europäer uns selbst behauptet und die Idee von Demokratie und Menschenrechten verteidigt haben.

Nun wissen wir alle: Ich bin Ministerpräsident und kein Prophet. Ich kann Ihnen natürlich nicht versprechen, dass es so kommen wird. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass wir es schaffen können, wenn wir es wollen. Und dass ein klimaneutrales Baden-Württemberg, in dem wir in Freiheit und Wohlstand zusammenleben, möglich ist. Lassen Sie uns also gemeinsam alles dafür tun.